

Titel: Beihilfe zur GEZ
Einreicher: Jens Kühnel AfD Fraktion

Federführung: Fraktion AfD	Datum: 11.01.2021
Bearbeiter: Fraktion AfD	

Einreicher: Fraktion AfD

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
Bürgerschaft	21.01.2021	

Anfrage:

1. Wieviel Zwangsvollstreckungen wurden 2020 für den Beitragsservice versucht beizubringen (Anzahl und Höhe) vom Kämmereiamt bzw. der Stadtkasse?
2. Wie viele konnten nicht beigetrieben werden?
3. Für wie viele Zwangsvollstreckungen im GEZ Bereich lagen ordnungsgemäße Mahn- und Vollstreckungsbescheide eines Gerichtes vor?

Begründung:

Vermeehrt kommt es dazu, dass Städte und Gemeinden GEZ-gebühren eintreiben bei den weder ein gerichtlicher Mahn- noch Vollstreckungsbescheid vorliegt und so weder die Rechtmäßigkeit, noch die persönlichen Daten der GEZ-Verweigerer entsprechend festgestellt wurden.